

Leseprobe aus:

Heinz Theisen

Selbstbehauptung

Warum Europa und der Westen sich begrenzen müssen

Klappenbroschur. 392 Seiten. Format 15 x 22,7 cm.

€ 24,00 [D] | € 24,70 [A]

ISBN 978-3-95768-236-9



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf:

www.lau-verlag.de

Heinz Theisen

SELBST BEHAUPTUNG

Warum Europa
und der Westen
sich begrenzen müssen



**Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-95768-236-9

© 2022 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek

Internet: www.lau-verlag.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung
und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: pl, Lau-Verlag, Reinbek

Umschlagabbildung: © iStock.com/prmustafa

Satz und Layout: pl, Lau-Verlag, Reinbek

Druck und Bindung: GK Druck Gerth und Klaas GmbH & Co. KG, Hamburg

Inhalt

Vorwort über west-östliche Begegnungen	9
---	----------

Einleitung	13
-------------------	-----------

Die verlorenen Grenzen des Westens	13
------------------------------------	----

Demokratien und Diktaturen sind beide in Bedrängnis	17
---	----

Selbstbehauptung und Selbstbegrenzung als postideologische Kategorien	22
--	----

I. Entgrenzungen, Überdehnungen und Verstrickungen	27
---	-----------

Kultureller Relativismus und politischer Universalismus	28
---	----

Grenzen der Grenzenlosigkeit	31
------------------------------	----

Weit war der Weg nach Osten	33
-----------------------------	----

Kampf um die Ukraine als Kampf um die Weltordnung	40
---	----

Verstrickungen des Westens in der islamischen Welt	49
--	----

Interkulturalität endet schon in der Türkei und auf dem Balkan	57
--	----

Ungleiche Verträge. Mangelnde Gegenseitigkeit gegenüber China	60
---	----

Afghanistan als Ende des westlichen Universalismus	66
--	----

Globale Krise und Demokratieversagen in der Corona-Pandemie	73
---	----

II. Die westliche Kultur vor der Selbstauflösung	85
---	-----------

Selbstverleugnung und Bedrohung der Wehrhaftigkeit	87
--	----

Von der Säkularität zur Ersatzreligiosität	90
--	----

Globalismus als neue Weltanschauung	97
-------------------------------------	----

Globalismus und Narzissmus ergänzen einander	103
--	-----

Offene Grenzen: Der deutsche National-Globalismus	106
---	-----

Global-Liberalismus als Gefährdung der Freiheit	112
Postmoderne Sozialisten überwinden die Natur	118
Selbsthass auf den »weißen Westen«	124
Identitäten statt Interessen	131
Kampf der Ängste und die Beschädigungen der offenen Gesellschaft	135
Demokratie als Gesinnungsoligarchie. Der Fall Deutschland	142

III. Wiederaufbau von Grenzen und Gegenseitigkeiten 153

Differenzierter Protektionismus	155
Von der national-globalen zur internationalen Klimapolitik	161
Wie Deutschland die Fluchtursachen Afrikas bekämpfen will	166
Entwicklungshilfe für Selbstverantwortung und Selbstbehauptung	172
Selbstbehauptung gegenüber Künstlicher Intelligenz	178
Illusionen der Intervention – Illusionen der Integration?	182
Ausdifferenzierung von Integration	190
Transkulturalität durch Brain Circulation	194
Vom Kampf der Kulturen zum Kampf um die Zivilisation	197

IV. Ein Europa, das uns schützt 205

Antisemitismus als Hass auf Erfolg	208
Israel als Modell für die Selbstbehauptung Europas	212
Ein postnationales Europa, das nicht schützt	220
Offene Grenzen: Handelsmacht und politische Ohnmacht	225
Die Europäische Union neu denken: Vielfalt nach innen – Einheit nach außen	229
Die Schweiz als Modell eines dezentralisierten Europas	235
Selbstbegrenzung und Selbstbehauptung der Europäischen Union	238
Die prekäre Vorfeldsicherung in der Sahelzone	243
Die kulturelle Bruchlinie zwischen Griechenland und der Türkei	247

V. Selbstbehauptung und Selbstbegrenzung des globalen Westens	251
Die NATO im globalen Westen	255
Koexistenz mit dem Autoritarismus – Eindämmung des Totalitarismus	259
Der Iran eint die arabische Welt mit Israel	267
Afghanistan und der Aufbau einer multipolaren Weltordnung	270
Die tragische Dialektik von Einkreisung und Eindämmung Chinas	279
Koexistenz mit China durch Eindämmung Chinas	284
Eine mehrdimensionale Realpolitik gegenüber China	289
Die USA – vom Weltpolizisten zur Schutzmacht des globalen Westens	294
VI. Die Achse der Selbstbehauptung. Wie mit der Gefahr auch das Rettende wachsen könnte	303
Rekonstruktion lokaler Akteure in der Slowbalisierung	304
Bürger kommt von Burg: Zum Wiederaufbau von Bürgerlichkeit	312
Die Weisheit des Christentums	317
Ende der ideologischen Borniertheiten	327
Die Dialektik von Freiheit und Ordnung	333
Gegensätze zu Gegenseitigkeiten	336
Die offene Gesellschaft und ihre Grenzen	339
VII. Wer rettet die Deutschen vor sich selbst?	347
VIII. Der Krieg in der Ukraine und die Wiederbegrenzung Europas und der NATO	351
Anmerkungen	361
Auswahlbibliografie	383

»Etwas ist nur in seiner Grenze und durch seine Grenze das, was es ist.« *Georg Wilhelm Friedrich Hegel*

»Wahre Worte sind nicht schön, schöne Worte sind nicht wahr.« *Lao Tse*

Vorwort über west-östliche Begegnungen

Die Hagia Sophia auf der Titelseite des Buches ist kein Symbol für die Selbstbehauptung Europas, sondern für den Verlust von bereits erreichten Wegen zwischen den Kulturen. Die Krönungskirche der Byzantinischen Kaiser und Kathedrale des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel war nach dem Sieg der Osmanen in eine Moschee verwandelt worden. Atatürk machte sie 1934 zu einem Museum, um dieses – jenseits der religiösen Konflikte – »der Menschheit zu schenken«.

Am 24. Juli 2020 eröffnete der türkische Präsident Erdoğan in ihr das Freitagsgebet und übergab sie wieder der muslimischen Gemeinde. Weder für die NATO-Partner der Türkei noch für die westchristlichen Kirchen war dies ein Anlass zum Protest. Die säkularen und interkulturellen Ideale der Europäer ergaben sich einmal mehr widerspruchlos einer demonstrativen Re-Islamisierung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft.

Die Brücke über den Bosphorus ist hingegen ein Symbol der Verbindung von Europa und Asien. Diese west-östliche Autobahn symbolisiert, was die Kulturen heute mehr denn je verbindet: die Produkte der wissenschaftlich-technischen Funktionssysteme, auf die kaum jemand verzichten mag und auf deren gemeinsame Beherrschung die globale Zivilisation zur Bewältigung des alle Kulturen bedrohenden Chaos angewiesen ist.

Den kulturellen Verstrickungen stehen zivilisatorische Vernetzungen gegenüber. Damit ist die Aufgabe gestellt. Es wird großer An-

strengungen bedürfen, globale Zivilisationsprozesse aus den Verstrickungen der Kulturen zu befreien. An dieser Aufgabe habe ich mich in west-östlichen Hörsälen etwas zu beteiligen versucht.

Die Geschichte und das Schicksal des »Abendlandes« erklären sich in erheblichem Maße aus den Begegnungen mit dem »Morgenland«. Das Christentum ist aus der Verbindung des Glaubens Israels mit dem griechischen Geist entstanden. Heute entscheidet sich die Zukunft Europas auch aus dem Zusammenprall zwischen dem profanierten Europa und dem sich islamisierenden Nahen Osten und Nordafrika.

In den west-östlichen Begegnungen habe ich viele gute und kluge Geister getroffen. In meinen Fußnoten werde ich ihnen an geeigneter Stelle für inspirierende Gespräche danken.¹ Je höher die Bildung – einschließlich Herzensbildung – der Beteiligten bei solchen Begegnungen war, desto eher gelang es, kollektiv Trennendes auf anderen Ebenen aufzuheben, auf denen der Kampf der Kulturen in den gemeinsamen Kampf um die Zivilisation übergeht.

Dem Niveau und der Freundschaftlichkeit solcher Begegnungen stand an deutschen Hochschulen eine von Jahr zu Jahr wachsende Gehässigkeit gegenüber, die bis hin zur faktischen Abschaffung des freien Diskurses ausgerechnet in den Geistes- und Sozialwissenschaften reicht. Entlang längst antiquierter Links-Rechts-Begrifflichkeiten werden Feldzüge gegen diejenigen geführt, die realistische Einwände gegen den blanken Illusionismus erheben. Mit einer »offenen Gesellschaft« hat dies nicht mehr viel zu tun. Aber genau diese bräuchten wir, um die Wege vom Kampf zu einem Dialog der Ängste zu finden.

Es war mir eine Genugtuung, dass viele unserer aus dem Iran, Syrien – und auch der Türkei – zu uns geflüchteten Studierenden meine Lehre zu schätzen wussten. Ihren Bachelor-Thesen habe ich in den Fußnoten kleine Denkmäler errichtet. Prompt wurden sie ob ihrer Nähe zu mir verdächtigt, »ihre Hautfarbe gewechselt« zu haben. Diese Diskursunkultur, welche vornehmlich politisierende Korrektheiten, hochmütige Gesinnungen auf Kosten Dritter und kleinkollektiven Identitätswahn hervorbringt, hat unterdessen weite Teile der Gesellschaft erfasst.

Vordem waren es meist unruhige Minderheiten, die für den Wandel kämpften. Für einen notwendig neuen Realismus des Bewah-

rens brauchen wir ebenfalls mutige Minderheiten, die entgegen dem herrschenden Zeitgeist die Wunschkonzerte stören und an die Grenzen des Möglichen erinnern.

Der Wiederaufbau von Grenzen und Gegenseitigkeiten erfordert einen neuen Marsch durch die Institutionen, etwa mit dem 2021 gegründeten »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit«, einer überfälligen Selbsthilfegruppe von Hochschullehrern zur Bewahrung ihrer Freiheit. Noch viele andere Netzwerke werden sich der Aufgabe widmen müssen, die Voraussetzungen zu einer Selbstbehauptung unserer Demokratie nach innen und außen zu schaffen – jenseits des utopischen Denkens von der »Einen-Menschheit« und jenseits von regressiven Verengungen auf Nationen und Regionen.

Die Strategie einer »Selbstbehauptung durch Selbstbegrenzung« für Europa und den Westen will Wege vom Universalismus zu einer Gegenseitigkeit der Mächte und Kulturen planieren helfen. Für diese Suche bräuchten wir im Innern den Übergang vom linearen Links-Rechts-Denken hin zu einer Achse, die alle an einer defensiven Form der Selbstbehauptung interessierten Akteure miteinander verbindet.

Der Niedergang des Westens mag nicht mehr verhindert, aber doch um einige Zeit aufgeschoben und in erträgliche Bahnen gelenkt werden können. Bei jedem Aufenthalt in der Schweiz, meinem zweiten Heimatland, treffe ich noch auf ein stabiles und funktionierendes demokratisches Gemeinwesen, welches sich über seine ganze Geschichte hinweg zu begrenzen und zu behaupten wusste. Unmöglich ist es nicht!

Mit einer Stabilisierung des besonders gefährdeten Europas und der freiheitlichen westlichen Kultur würden wir kommenden Generationen zumindest die Fristen verlängern, in denen sie Freiheit und Wohlstand für ein selbstbestimmtes Leben nutzen können. In diesem Sinne widme ich das Buch unseren Kindern Cordelia, Marilena und Hendrik.

»Die größte Gefahr in der Moderne geht nicht von der Anziehungskraft nationalistischer und rassistischer Ideologien aus, sondern von dem Verlust an Wirklichkeit. Wenn der Widerstand durch die Wirklichkeit fehlt, dann wird prinzipiell alles möglich.«
Hannah Arendt

Einleitung

Die verlorenen Grenzen des Westens

Seltsamerweise sind im westlichen Denken die wichtigsten Grenzen überhaupt in Vergessenheit geraten, die Grenzen des Möglichen. In einem surrealen Taumel überboten sich eine überdehnte amerikanische Weltmachtspolitik, die Geldschöpfung der Europäische Zentralbank, hedonistische Grüne und »woke« Wünsche aller Art darin, möglichst viele Begrenzungen aufzuheben.

Eine Erklärung für diesen Verlust an Wirklichkeitssinn liegt im Mangel an Widerständen. Die Realitätsverkennung wird umso größer, je näher wir dem Reich der reinen Begriffe und Weltanschauungen kommen, den Hochschulen, Medien, Parteien und Parlamenten. Mit dem Konstruktivismus in den Geistes- und Sozialwissenschaften wurden Begriffe selbst zur Realität erhoben. Statt der strengen Suche nach Objektivität zählen die Gefühle, statt des Analysierens dient das Moralisieren der eigenen Wohlfühlgesinnung.

Das Beschönigen der Welt endet in der Verdrängung selbst manifester Gefahren. In der bunten neuen Welt waren weder Viren noch böse Mächte vorgesehen. Entsprechend leichtsinnig waren wir gestimmt. Nach Ausbruch der Corona-Pandemie in Wuhan flogen noch Hunderttausende Passagiere aus China in die Welt. Die Regierungen in Europa und den USA dachten sich nichts dabei.

Am fatalsten wirkte sich der Glaube an die Unbegrenztheit der Welt in der Außenpolitik aus. Fremd ist, was wir nicht verstehen.

Bei der Anmaßung, dass es für uns auf Erden nichts Fremdes gibt, handelt es sich um eine Form von Unbegrenztheit, die viele Beteiligte überfordert. Der Übermut, in fremden Kulturkreisen westliche Strukturen aufzubauen, stellt keine Widerstände und Hindernisse in Rechnung. Tradition und Religion gelten nur noch als folkloristische Relikte, die dem Glauben an den Fortschritt weichen müssen.

Die Entgrenzung der Räume ging mit einer Entgrenzung des Denkens einher. Niemand – so der Orientalist Gilles Kepel – habe die geistige Verwirrung vorausgeahnt, die mit dem Verschwinden von Distanzen und Perspektiven einhergegangen ist. Die Auflösung von räumlichen und zeitlichen Bezugspunkten habe uns die Orientierung verlieren lassen.¹

Auch nach dem Scheitern des westlichen Universalismus im Nahen und Mittleren Osten folgten keineswegs Einsichten in unsere Begrenztheit, sondern die Flucht nach vorn in eine ganz neue Weltanschauung – die des Globalismus. Sie kennt keine Kulturen und Nationen mehr, sondern nur noch »die Menschheit« und die »Eine-Welt«.

Jedoch sind nicht alle Kulturen so relativistisch und universalistisch wie der Westen. In traditioneller geprägten Kulturen finden sich nur wenige, die ihr Denken an globalen Interessen oder universellen Werten ausrichten. Umso größer ist ihre Bereitschaft, die technischen und ökonomischen Ergebnisse des Westens zu nutzen und sie gegebenenfalls gegen den Westen auszunutzen.

Wie illusionär der westliche Menschenrechtsuniversalismus ist, hätte uns schon die »Kairoer Erklärung der Menschenrechte« von 1968 lehren können. Diese Antwort auf die Menschenrechtscharta der UN von 1948 stellt klar, dass Menschenrechte von Gott gewährt und nur im Rahmen der Scharia gültig sind. Aus den universellen Gottesrechten ergeben sich für Menschen vor allem Pflichten.

Der idealistische Hochmut ist wohl auch eine Spätfolge der überragenden Macht und Vorherrschaft des Westens in den vergangenen Jahrhunderten. Am Ende des 19. Jahrhunderts hatte der damals noch »Abendland« genannte Westen seine Vorherrschaft über die übrige Welt abgeschlossen und eine Entwicklung zum Ende geführt, die über 400 Jahre vorher begonnen hatte. Für diese These spricht, dass in den Ländern Mittelosteuropas, die selbst Opfer westlicher

Dominanz waren, wenig Neigung zu Schuld- und Unterwerfungsgesten gegenüber dem globalen Süden besteht.

Der Glaube, wonach der Westen das Maß aller Dinge ist, wird heute bei den globalistischen Verächtern westlicher Macht umgedreht: Ihnen gilt der Westen als Ursache der meisten Probleme. Statt um die Gegner vor den eigenen Toren sorgt er sich um globale Gefahren, um die Zahl der Geschlechter und deren Diskriminierung. Im Wechselspiel von Makrovisionen und Mikroidentitäten drohen die mittleren Ebenen von Zugehörigkeiten und deren Gemeinsinn verloren zu gehen, von den Familien bis hin zum Staatswesen.

Entsprechend schlecht ist es um ihren Zustand bestellt. Sie bieten oft keine Orientierung und keinen Zusammenhalt mehr an. Falsche Gegensätze von »Links oder Rechts« spalten die Gesellschaft, die Suche nach den notwendigen Gegenseitigkeiten zwischen Globalisten und Protektionisten versandet darüber in altideologischen Kategorien. Ferne Herausforderungen wie die »Klimakatastrophe« lenken von konkreten Aufgaben wie etwa dem Hochwasserschutz ab.

Sowohl der islamistische als auch der chinesische Totalitarismus stehen je auf ihre Weise bereit, das geistige und physische Vakuum des Westens zu füllen und zu beerben. Die Bevölkerungsmassen Afrikas versuchen – verständlicherweise – an den schönen Träumen Europas teilzuhaben. Zugleich sind die Gespenster des Sozialismus wieder auferstanden. Die Tragödie der sich in den Weiten der Globalisierung auflösenden sozialökonomischen Gleichheitswünsche wiederholt sich heute als Farce. In immer neuen Varianten werden immer kleinere Opfergruppen identifiziert, deren Ungleichheiten es zu beseitigen gilt.

Unser Mangel an Realitätssinn hat eine lange Vorgeschichte. Bereits in der Antike hatten universalistische Ideale die Realität verzerrt. Schon der römische Kaiser Marc Aurel glaubte, dass alle Menschen am Welt-Logos Anteil hätten und letztlich Brüder seien. Gleichwohl musste er die meiste Zeit seiner Herrschaft darauf verwenden, anstürmende Barbaren an den Grenzen des Römischen Reichs abzuwehren.²

Ihr Universalismus täuschte die Römer auch hinsichtlich der Integrationsfähigkeit der germanischen Barbaren. Die Römer hatten den Untergang ihres Reiches selbst in Zeiten des Niedergangs nicht vor-

hergesehen.³ Zu gewiss waren sie sich ihrer kulturellen Überlegenheit. Darin wurden sie durch den Teilhabewillen der Germanen bestärkt, die sich nichts sehnlicher wünschten als ihre Zugehörigkeit zum Reich. Sie wollten dessen Kultur nicht zerstören, sondern so viel wie möglich von ihr übernehmen und fortführen. Dem Willen zur Teilhabe stand aber ihre mangelnde Fähigkeit zur Integration gegenüber.

Der uns plagende Widerspruch zwischen universellen Idealen und den Notwendigkeiten ihrer Begrenzung wird im Christentum auf die Spitze getrieben, zugleich aber durch Einsicht in unsere Erbschuld anerkannt. Unter den Bedingungen der Endlichkeit scheitert jeder Mensch an unendlichen Idealen und er kann demnach nur durch Beichte und Reue zum Ausgleich der Widersprüche und zum Frieden mit sich selbst finden.

Im gleichen Maße wie die Hoffnungen des religiösen Glaubens schwinden, gewinnen sie in der Politik an Zulauf. Auch hierbei werden Sünden gebeichtet, allerdings die der anderen. Zu jedem Glauben gehört die Beschwörung des drohenden Endes. Die Klimaapokalypse scheint an die Stelle des Höllenfeuers getreten zu sein. Auch mit ersatzreligiösen Gewissheiten ist nicht zu spaßen. Statt Scheiterhaufen – dies ist ein Fortschritt – droht nur die soziale Exklusion.

Von Erbsünde und Endlichkeit ist keine Rede mehr, es dominieren Selbstgerechtigkeit und Selbsterlösung. In dem globalistischen Traum von der »Einen-Menschheit« nehmen die Wunschvorstellungen gefährliche Züge an, weil über sie die politisch notwendigen Unterscheidungen zwischen Freunden, Feinden und Gegnern verloren gehen.

Aus der Gleichsetzung der Kulturen ergeben sich absurde Asymmetrien. Der Zustand des heutigen Afghanistans ist das Ergebnis von west-östlichen Verstrickungen, in denen nichts zueinander passte. Exzessive Korruption und Islamismus schaukelten sich gegenseitig hoch. Statt für die Freiheit und Entwicklung ihres Landes zu kämpfen, flohen junge Afghanen nach Europa zu Staaten, die ihrerseits junge Menschen für ein demokratisches Afghanistan in den Krieg gegen die Taliban schickten.

Im »One-World«-Denken geht sogar die Vorstellung vom »Westen« verloren. Denn wären unsere Werte universell gültig, dann wären sie in der Tat nicht mehr westlich und die Staaten nur noch

danach zu unterscheiden, wie weit sie sich bereits dem universellen Geist angepasst haben. Doch weder in China noch in Russland oder in den 52 islamischen Staaten stehen individuelle Rechte über den kollektiven Pflichten. In ihnen gilt auch die Teilung der Gewalten eher als Schwäche denn als Errungenschaft. Kulturen sind Werteeordnungen. Ihre Menschenbilder sind verschieden und demgemäß auch ihre Bilder von Staat und Gesellschaft.

Demokratien und Diktaturen sind beide in Bedrängnis

Die amerikanische Vereinigung »Freedom House«, die den weltweiten Stand der Demokratie erhebt, stellt seit 2005 eine stete Verschlechterung der Lage fest. 2020 war demnach der Rückschlag heftig wie noch nie – 28 Ländern mit Verbesserungen im Bereich der politischen Rechte und der bürgerlichen Freiheiten standen 73 Länder mit Verschlechterungen gegenüber. Weniger als ein Fünftel der Menschen lebt in rund 60 rechtsstaatlichen Demokratien, die »Freedom House« als »frei« einstuft. Das ist der niedrigste Anteil seit einem Vierteljahrhundert. Der Demokratisierungsschub aus der Zeit nach 1990 ist vorbei.⁴ Viele Staaten gehören zu den Hybriden, Wahlautokratien oder »Demokratoren« in der Grauzone zwischen Demokratie und Diktatur. Ihre Zahl schätzt das »Freedom House« auf 90, bei weiteren rund 50 Staaten handelt es sich demnach um eindeutige Diktaturen. Ein Ziel der Geschichte ist solchen Zahlen nicht zu entnehmen.

Der Westen ist politisch nicht mehr als Himmelsrichtung zu verstehen, sondern umfasst die Staaten, die sich aus ihrer Zugehörigkeit zur liberaldemokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung definieren. Der globale Westen reicht immerhin von Europa, Nordamerika bis nach Ozeanien und Ostasien. Zu den westlichen Strukturen der Demokratie gehören vor allem Säkularität, Ausdifferenzierung, Rechtsstaatlichkeit, Freiheitsrechte des Individuums, vor allem die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit.

Mit dem Rückgang der Demokratie haben die USA an Einfluss in der Welt verloren. Die Ideologie der Regierung von George W. Bush,

Demokratie notfalls mit Gewalt zu exportieren, hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Die Regime in Russland und China verhöhnen heute den Westen als »dekadent« und als »Auslaufmodell«. Autoritäre Regime haben voneinander gelernt, wie man Medienmacht konzentriert, das Internet zensiert und zivilgesellschaftliche Gruppen einschüchtert.⁵ Sie rechtfertigen ihre repressive Politik als eine effiziente Weise, wie mit den großen Herausforderungen von Armut, Chaos, Migration oder Pandemie besser umzugehen ist.

Auf dem »Gipfel für Demokratie«, den der amerikanische Präsident Joe Biden im Dezember 2021 einberufen hatte, forderte dieser, dass die Demokratien beweisen mögen, die besseren Problemlöser zu sein. Biden sprach zu über 100 Staats- und Regierungschefs, wobei die hohe Zahl der Eingeladenen Verwunderung erregt. Die Teilnehmer des Gipfeltreffens diskutierten darüber, wie die Demokratie widerstandsfähiger gemacht werden kann, wie Menschenrechtler und unabhängige Medien am besten zu stärken sind und wie Desinformation im Internet zu bekämpfen ist. Der US-Präsident kündigte eine »Initiative für die demokratische Erneuerung« an.

Derzeit versuchen die Demokratien vor allem, sich über hemmungsloses Geldausgeben zu stabilisieren. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Auf Dauer werden die Demokratien sich zu nachhaltigem Handeln durchringen müssen, um Migrationsströme, Armut, Corona-Pandemie, gesellschaftliches Chaos und Klimawandel zu bewältigen. Die Versuchung, diese schweren Aufgaben durch autoritäre Politik auch in den Demokratien zu bewältigen, ist allenthalben erkennbar.

Spätestens nach der Niederlage in Afghanistan befindet sich der Westen weltpolitisch in der Defensive, sowohl gegenüber autoritären Mächten, die seine Schwächen ausnutzen, als auch gegenüber einem totalitären Islamismus, der den Westen als Feind betrachtet. Der Westen stand in Afghanistan auf verlorenem Posten, vor allem, weil er sich nicht darauf begrenzte, seine Feinde zu vernichten, was im Falle von al-Qaida gelungen war, sondern weil er auch noch das Land demokratisch umzugestalten versuchte. Mit seinen Interventionen von Afghanistan über den Irak bis nach Libyen hat der Westen eine »Achse des Scheiterns« (Rainer Hermann) mit hervorgebracht.

Die Folgen der Destabilisierung fallen mit islamistischem Terror und Massenflucht auf ein Europa zurück, welches durch seine strategische, geistige und demografische Lage stärker gefährdet ist als liberaldemokratische Staaten in Nordamerika, Ozeanien und Ostasien. Jenes aus seiner Handlungsschwäche resultierende Machtvakuum der Europäischen Union zieht Aggressionen schon von mittleren Mächten wie der Türkei und selbst von Kleinstaaten wie Weißrussland auf sich. Anders als im Kalten Krieg sind die Europäer schon darüber gespalten, ob sie überhaupt bedroht sind – oder ob sie nicht vielmehr selbst die Hauptverursacher der großen Weltprobleme sind.

Das Scheitern des westlichen Universalismus hat noch nicht zur Besinnung und Selbstbegrenzung geführt. In dem jetzt dominierenden Globalismus finden global-liberale Kräfte und humanitär motivierte Entgrenzungsakteure zusammen. Sie sehen den Westen nicht mehr als etwas Besonderes, sondern als Mittel zu den Zwecken der »Einen-Menschheit«, deren Angelegenheiten in einer Global Governance oder zumindest »multilateral« zu lösen sind.

Neuer Kulturalismus und Nationalismus stehen dem entgegen. Statt einer »Global Governance« hat die Corona-Pandemie uns eine globale Krise beschert. Die Idee, dass Grenzenlosigkeit im Kern etwas Gutes ist, wurde durch den »chinesischen Virus« nachhaltig infrage gestellt.

Die Schwächen der Demokratien rufen die Autokratien auf den Plan. Der Zusammenschluss dreier Mächte – Russland, Türkei und Iran im Astana-Prozess 2017 – wendet sich gegen den Westen. Diese Mächte verfolgen bei all ihrer Unterschiedlichkeit und trotz früherer Feindseligkeiten das gemeinsame Ziel, die westlichen Demokratien ins Abseits zu drängen, allen voran das benachbarte Europa.⁶ Neben dem totalitären Islamismus und dem totalitären Staatskapitalismus Chinas hat der Westen damit auch noch wichtige autoritäre Mächte der Welt gegen sich.

Es erweist sich als einer der großen außenpolitischen Fehler des neuen Jahrhunderts, Russland an den Maßstäben des Westens zu messen. Statt eines möglichen Sicherheitspartners hat der Westen darüber einen weiteren Gegner erhalten, die Oligarchen Russlands in die Arme Chinas getrieben und einen eurasischen Block gegen

sich in Stellung gebracht. Russlands Vasall Weißrussland hat sich unterdessen der hybriden Feindschaft gegen den Westen angeschlossen und versucht, die Europäische Union an ihrem schwächsten Punkt der mangelnden Grenzsicherung zu treffen. Mit einem Sicherheitspartner Russland hätte der Westen in Syrien oder Mali leichter ein Minimum an Stabilität gegenüber Anarchie und Totalitarismus behaupten können.

Dass die Moped-Krieger der Taliban den Westen besiegen konnten, wird dschihadistische Gotteskrieger in aller Welt noch mehr von ihrer Universalität und ihrem Endsieg überzeugen. Der Islamismus wird nicht in Panzerreihen nach Europa einziehen. Die Mörder im Namen des Dschihad in Europa gehören oft nicht einmal einer Organisation an. Aber ihre kulturell-religiöse Konditionierung hat die Bedingungen und Möglichkeiten für einen »Stimmungsdschihadismus« geschaffen, der allein via Internet die Grundlage für immer neue Terrorattacken bereitet.

Die bedrängte Lage der Demokratien bedeutet keineswegs, dass sich die Diktaturen in einer dauerhaft stabilen Verfassung befinden. Die Corona-Pandemie hat nicht nur ihren schmachvollen Ausgang von China genommen. Nach den ersten Eindämmungserfolgen, die mit den totalitären Mitteln des Regimes erzielt wurden, zeigt sich, dass solche Erfolge nicht von Dauer sind. Da der chinesische Impfstoff nicht vor der Omikron-Mutante schützt, wird doch noch eine enge Kooperation mit dem Westen gefordert sein.

Sowohl Chinas Aggression gegenüber Taiwan, Russlands Aggression gegenüber der Ukraine oder Erdogans Vordringen in seine Nachbarländer – bei diesem Ausgreifen handelt es sich immer auch um eine Flucht vor den Legitimationsproblemen von Diktaturen. Ohne eine bedeutsame politische Ideologie und ohne ausreichende demokratische Legitimation ist der kurzfristige Erfolg für sie die wichtigste Legitimationsquelle. Wenn diese in der Wirtschaft ausbleiben, wird es für die Nachbarn gefährlich. Auch die ansteigende Repression innerhalb dieser Staaten kann als ein Zeichen ihrer zunehmenden Verunsicherung gedeutet werden.

Den Autokraten in Moskau, Peking und an vielen anderen Orten geht es heute darum, die Welt sicher für ihre Autokratie zu machen. Denn nichts – so Ulrich Speck – bedroht ihren Status, ihre

Macht und ihren immensen Reichtum mehr als die egalisierenden Regelwerke von Demokratie und Marktwirtschaft. Nichts raube den Herrschern in Moskau und Peking so sehr den Schlaf wie die Angst vor demokratischen »Farbenrevolutionen«. Die russischen und chinesischen Machteliten wollen die Attraktivität der liberalen Ordnung reduzieren, um ihre autokratische Macht zu sichern.⁷

Die Gesellschaften des Westens sind wiederum in sich tief gespalten, und zwar vor allem nach der Art der Bedrohung, die als vorrangig oder überhaupt als existent wahrgenommen wird. Die Globalisten sind davon überzeugt, dass der Westen selbst die Hauptbedrohung ist, seine Lebensweise, sein Kolonialismus und Rassismus. Die Protektionisten sorgen sich hingegen um den Bestand der eigenen Werte und Strukturen.

Vor einer künftigen Selbstbehauptung müsste eine weit größere Einigkeit darüber erzielt werden, welche Herausforderungen vorrangig und welche Ängste berechtigt sind. Der Weg in den Demokratien müsste vom Kampf der Ängste zu einem Dialog der Ängste führen. Ein Kampf der Ängste durchzieht auch die westliche Staatenwelt. Während die USA bemerkt haben, dass China sich nicht als Partner, sondern als Herausforderer des Westens versteht, hängen viele Europäer weiter einem Multilateralismus an, der unterschiedslos mit möglichst vielen Akteuren Politik und Handel treiben möchte. Sie müssen mit ihrer gleichsam anthroposophischen Vorstellung von internationalen Beziehungen aufpassen, innerhalb der wesentlich wehrbereiteren Staaten des globalen Westens nicht ins Abseits zu geraten.

Die USA wiederum müssen aufpassen, sich nicht – wie in den vergangenen Jahrzehnten – ständig an falschen Fronten zu verlieren, insbesondere im Konflikt mit Russland. Und alle Demokratien müssen aufpassen, dass sie sich im Kampf um Selbstbehauptung nicht den technischen Methoden Chinas angleichen. Eine Selbstbehauptung des Westens wäre sinnlos, wenn über sie die Freiheit des Westens verloren ginge.

Demokratien und Diktaturen befinden sich beide in Bedrängnissen. Damit steht nicht nur die Selbstbehauptung des Westens, sondern der gesamten Weltzivilisation auf dem Spiel. Daher muss nicht nur die Selbstbehauptung des Westens gegenüber seinen Gegnern,

sondern – hinsichtlich der globalen Probleme – auch noch mit seinen Gegnern eine Selbstbehauptung der Weltzivilisation erreicht werden.

Auf Krisen und Niedergang folgt nicht immer, aber manchmal der Zusammenbruch. Da letztlich alle Kulturen der Vergangenheit untergegangen sind, entspricht es den geschichtlichen Gesetzmäßigkeiten, dass auch die westliche Kultur dieses Schicksal erleiden wird. Der Geograf Jared Diamond definiert Zusammenbruch als »die Extremform des Niedergangs«. In der Geschichte der Menschheit habe es solche Ereignisse immer wieder gegeben. Sie hätten in der Regel einen drastischen Rückgang der Bevölkerungszahl und/oder der politisch-wirtschaftlich-sozialen Komplexität beinhaltet, der über längere Zeit angedauert hat. Der Übergang zwischen Niedergang und Zusammenbruch sei meist fließend. Man müsse sich heute die quälende Frage stellen, ob ein solches Schicksal am Ende auch unsere Kultur ereilen wird. Aufgrund zunehmender globaler Vernetzungen und Wechselwirkungen könnte sich dann – erstmals in der Geschichte der Menschheit – die Krise einer Kultur zu einer globalen Krise auswachsen.⁸

Selbstbehauptung und Selbstbegrenzung als postideologische Kategorien

Die Sorge um Selbstbehauptung und Stabilität rechtfertigt sich schon aus der generellen Instabilität von Staaten. Zahllose Staaten sind untergegangen, manche dauerten nur wenige Jahre und von den 204 Staaten der heutigen Welt wird es viele in absehbarer Zeit nicht mehr geben. Und alle guten Dinge, die der Staat uns bieten soll, Gesundheit, Schutz, sauberes Wasser, Ernährung und Erziehung, müssen sowohl gegenüber ihrem inneren Verfall als auch gegenüber fremdem Raub bewahrt und behauptet werden.

Ein Mangel an Selbstbehauptung ist in einer chaotischen Welt kein Beitrag zum Frieden. Vielmehr provoziert diese Schwäche Eskalationen und Übergriffe gegen sie und sie erhöht zudem die **gesamte** Unordnung des Planeten. Die vorrangige Aufgabe gilt daher der Selbstbehauptung durch eine kulturelle und politische Selbst-

begrenzung auf den eigenen Kultur- und Strukturraum. Unter der Voraussetzung seiner Selbstbegrenzung – so die These dieses Buches – hat der Westen noch eine Chance, sich selbst zu behaupten.

Der Kulturkampf gegen bürgerliche Werte wird so lange geführt werden, wie es unser Wohlstand erlaubt. Aber dessen Widersprüche beginnen, Irritationen auszulösen. Windräder verschandeln und beschädigen die Natur. Die Toleranz gegenüber dem Islamismus begünstigt deren Intoleranz gegenüber jüdischen Mitbürgern. Die Regenbogenwelt bemerkt, dass Homosexuelle nicht mehr in Europa, sondern massiv in der islamischen Welt verfolgt werden. Die Träume von der endlosen Geldvermehrung drohen fast unvermeidlich in der Inflationierung zu enden.

Die Deutschen empfinden von jeher eine Neigung zur romantischen Überhöhung der Wirklichkeit, was ihre gute Seite in Literatur und Musik zeigt, uns aber politisch oft ins Unglück geführt hat. Insofern können wir heute von Glück sagen, von nüchterneren und realistischeren Nachbarn umgeben zu sein, die – wie Dänemark – das Asylrecht an die Bedingungen einer Völkerwanderung anpassen und die – wie Griechenland, Ungarn und Polen – ihre Grenzen schützen und damit unsere Grenzen zumindest indirekt mit beschützen.

Der Westen hat im 20. Jahrhundert im Kampf gegen Hitler und Stalin, jeweils im letzten Moment, das Notwendige erkannt. Die USA stellen sich heute dem staatskapitalistischen Totalitarismus Chinas entgegen. Der ziemlich marode deutsche Nationalstaat ist von Staaten umgeben, die dem Gedanken der Selbstbehauptung des Eigenen nicht so abweisend gegenüberstehen wie dieser selbst. Deutsche Patrioten sollten sich freuen, dass Deutschland der EU und NATO angehört.

Globale Probleme und lokale Akteure erfordern eine globale Mehrebenenpolitik. Die Strukturen der Europäischen Union und der NATO sollten in diesem Sinne ausgestaltet werden. Die innergesellschaftliche Polarisierung zwischen dem »weltoffenen« Globalismus und bloßer Selbstbehauptung in kleineren Einheiten geht an den globalen Herausforderungen vorbei. In ihnen muss auch die Bedeutung des Staates wieder rekonstruiert werden. Eine Bejahung des Nationalstaates bedeutet noch lange keinen regressiven Nationalismus, sondern entspricht dem legitimen Selbstschutz einer bestimm-

ten, in der Geschichte konstruierten Gemeinschaft. Aber eben diesen Schutz können die dafür zu kleinen europäischen Nationalstaaten nicht mehr bieten. Sie müssen sich – zu ihrem eigenen Schutz – mit anderen Staaten zusammenschließen.

Wir dürfen auf den uralten, in Evolution und Geschichte immer vorhandenen Trieb des Menschen zur Selbstbehauptung hoffen. Aber zusätzlich ist immer noch der aufklärerische Mut gefordert, sich jenseits schöner Worte und guter Gesinnungen der Realität zu stellen.

Bürger kommt von Burg. Im bürgerlichen Rahmen sollten die Konflikte zwischen Globalisten und Protektionisten, Idealisten und Realisten, Linken und Rechten moderierbar sein. Mithilfe einer offenen Suche könnten auch hierbei neue Synthesen gefunden werden: wie vordem zwischen Kapital und Arbeit in der Sozialen Marktwirtschaft, Rechte und Pflichten im bürgerlichen Ethos sowie von Macht und Recht in der rechtsstaatlichen Demokratie.

Die westlichen Gesellschaften brauchen ein wieder erstarkendes Bürgertum, welches Rechte und Pflichten, die Freiheit des Individuums und die Pflichten gegenüber der Gesellschaft in sich vereint. Sie sollten auch auf die Weisheiten des Christentums zurückgreifen, um – ob gläubig oder nicht – sich ihrer eigenen Kultur bewusst zu bleiben, aber auch um gegen ersatzreligiösen politischen Illusionismus gefeit zu sein.

In der Globalisierung haben die alten Begriffe von Links und Rechts an Zuordnung und Sinn verloren, sie müssten neu ausdifferenziert werden. Ansonsten werden ihre jeweiligen Widersprüche nicht erkannt und bleiben mögliche Synthesen und Kompromisse außen vor. Die Reste der alten Ideologien sollten sich auf einer Achse der Selbstbehauptung zusammenfinden und dort einander um ihre jeweiligen Perspektiven ergänzen. Immer schon bedurfte Freiheit einer Ordnung und eine Ordnung bedurfte der Freiheit. Am meisten werden neue Gegenseitigkeiten im Großkonflikt zwischen weltoffenem Globalismus und der daraus erwachsenden regressiven Antithese eines Rückzugs auf sich selbst gebraucht.

Wer den Schutz des Eigenen vertritt, wird unverzüglich als »Rechts« diffamiert. Unter »Rechts« fallen heute zudem alle, die die Ungleichheiten von Kulturen und Menschen als Tatsachen vo-

raussetzen. Ohne die Wahrnehmung von Ungleichheiten, die nicht mit Ungleichwertigkeiten zu verwechseln sind, ist schon im Denken keine Differenzierung und im Handeln keine Ergänzung möglich. Der Kampfbegriff »Rechts« sollte für die Kräfte reserviert bleiben, die Ungleichheit nicht zur gegenseitigen Ergänzung, sondern zur Bekämpfung des anderen nutzen.

Das Paradigma der Selbstbehauptung wäre geeignet, ideologisierte Gegensätze zusammenzuführen. Es kann nicht »rechts« sein, den Sozialstaat gegen Folgen der Grenzenlosigkeit, den Rechtsstaat gegen das Gebaren von Global Playern zu verteidigen oder dem Illiberalismus von autoritären und totalitären Kräften entgegenzutreten.

Auch bei der »Selbstbegrenzung« handelt es sich um ein post-ideologisches Paradigma, das soziale, ökologische und konservative Ziele umfasst. Selbstbegrenzung bedeutet für die westliche Staatenwelt, dass sie nicht mehr ihre Selbstaussdehnung gegenüber anderen Weltregionen betreibt, sondern sich in ihre Grenzen schickt und diese dafür umso konsequenter verteidigt.

Um von dem entgrenzenden Wunschdenken zu neuem Realismus zu finden, brauchen wir den Verstand gerade auch derjenigen Bürger, deren Alltag schon vom Ringen um Selbstbehauptung gekennzeichnet ist. Auf der Achse der Selbstbehauptung sollte auch Platz für den als »populistisch« verschmähten gemeinen Menschen sein. In den zu öffnenden Dialogen müssen wir uns aus der Polarisierung der Ängste befreien und wieder gemeinsamen Einsichten öffnen.

VII. Wer rettet die Deutschen vor sich selbst?

Deutschland will weder länger ein Nationalstaat, der für seine eigenen Interessen eintritt, noch ein verlässlicher Verbündeter in der EU und NATO sein. Die global denkenden Eliten Deutschlands fühlen sich weniger ihrem Land und ihren Bündnissen als der »Einen Welt« verpflichtet. Ihre nationale Identität liegt im gemeinsamen Bekenntnis zur Globalität, in der sie an Luftschlössern ohne Mauern bauen.

Bereitwillig opfern sie Partikularinteressen von Autoindustrie und Energieverbrauchern. Rechte der Staatsbürger werden »den Menschenrechten« untergeordnet, statt Patriotismus und Gemeinwohl gilt die Kardinaltugend der »Weltoffenheit«. Die Bejahung offener Grenzen war die Grundlage für das Bündnis von Global Playern der Wirtschaft mit dem global agierenden Humanitarismus der Nichtregierungsorganisationen. Das Outsourcing der einen ist die freie Zuwanderung der anderen.

Dem Anspruch auf Zukunftsfähigkeit fiel die Gegenwartsfähigkeit zum Opfer: vom Niedergang der Infrastruktur und der öffentlichen Verwaltung bis zum fehlenden Hochwasserschutz im Ahrtal. Angesichts eines hochmütigen globalen Engagements – nur 0,8 Prozent der Menschheit sind Deutsche – blieb kein Geld mehr für die Sanierung von Brücken. Die Deutschen begleichen die Rechnungen weiter, aber die Spaltung von Global und Local Playern, zwischen den Gewinnern und den Verlierern der Globalität wird immer größer. Längst ist auch der ortsgebundene Mittelstand dem Global Player »Amazon« schon deshalb nicht mehr gewachsen, weil er seine Steuern nicht europaweit optimieren kann. Die sozial-kulturelle Spaltung verläuft nicht zwischen »Links und Rechts«, wie es die Altideologen gerne hätten, sondern zwischen mobilen Anywheres und den gebundenen Somewheres.

Die ersten Rettungsversuche vor dem Globalismus reichen vom Wutbürgertum der Gelbwesten und Donald Trumps bis hin zur Flucht der Brexiter aus der europäischen Solidarität. Bei ihnen handelte es sich nur um Antithesen. Statt neuer Absprachen in westlichen Bündnissen zogen sie bloß die nationale Karte. Von der Utopie zur Regression – dazwischen sollte es mittlere internationale Wege geben.

Die gemeinsame Suche in demokratischen Diskursen bleibt aber aus, weil die Ängste vor der Weltoffenheit diskreditiert wurden. Über dieses Diskursversagen wird die »offene Gesellschaft« – statt gegenüber ihren äußeren Feinden – nur gegenüber denjenigen verteidigt, die mehr Protektion einfordern. Die ausbleibende demokratische Willensbildung treibt die innergesellschaftliche Polarisierung voran.

Sowohl mit dem Ausstieg aus der Kernenergie als auch mit immer neuen Maßnahmen gegen den Klimawandel gehen die deutschen Apokalyptiker »voran«. Doch kaum ein Land scheint ihnen folgen zu wollen. Wenn fast ein Drittel des weltweiten CO₂-Ausstoßes auf das Konto Chinas geht, ist die Verbesserung der deutschen Energiebilanz vergeblich, schlimmer noch, sie verschlechtert nur die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Als selbst ernannte Avantgarde bezahlen wir dafür mit den höchsten Energiepreisen der Welt und mit weiteren Dekonstruktionen der Industriegesellschaft. Wenn endzeitliche Klimaaktivisten die Straßen verstopfen, hindern sie die arbeitenden Menschen an der Ausübung ihrer gegenwärtigen Pflichten.

Die Paradoxie des National-Globalismus wird mit der Ernennung der Greenpeace-Chefin zur Staatssekretärin im deutschen Auswärtigen Amt auf den Punkt gebracht: Ihr Auftrag ist, statt deutsche Interessen mit den internationalen Lasten des Klimaschutzes abzugleichen, nationale Interessen dem globalen Klimaschutz unterzuordnen. Auch europaweite Abkommen läßt dieser Globalismus hinter sich.

Die Europäische Union wurde auch über die freiwillig vorangetriebene Energie-Abhängigkeit zu Russland übergangen. Der Preis der Unabhängigkeit von Kern- und Kohlekraftwerken ist eine umso größere Abhängigkeit von russischem Gas und Öl. Der deutsche Sonderweg hat uns in der Grenz-, Energie- und Außenpolitik zum Geisterfahrer des Westens gemacht.

Wem nützt der Globalismus? Die Globalisierung hat die Welt nicht freier gemacht. In ihrer naiven Form wurde sie vielmehr von autoritären Regimen dazu ausgenutzt, ihre Macht sowohl gegenüber den eigenen Bürgern als auch gegenüber dem Westen zu stärken. Auch die Ursachen der endlosen Misserfolge in der Entwicklungshilfe für Afrika – die korrupten Oligarchien in diesen Ländern – werden von Globalisten nicht thematisiert. Dies würde nämlich sowohl die eigenen Illusionen von einer globalen Gleichheit als auch die Geldflüsse für eigene Projekte behindern.

Für Differenzierungen ist das globale Denken wenig geeignet. Unterscheidungen nach Qualifikation und Herkunft von Zuwanderern sind bereits »Rassismus«, obwohl sie in Wirklichkeit den Unterschied für Arbeitsmarkt und Sozialstaat ausmachen. In der »Einen Menschheit« gelten alle Kulturen als gleich, und wenn und wo noch nicht, muss dies an unserer Unterdrückungspraxis liegen. Ein fast schon anthroposophisch geprägter Multilateralismus träumt von globalen herrschaftsfreien Diskursen.

In einer nicht globalen, sondern multipolaren Welt wird hingegen mehr Selbstbehauptung durch Selbstbegrenzung gefordert sein. Statt globaler Gleichheit und Gemeinsamkeit bräuchte eine von Gegensätzen durchzogene Welt den Aufbau neuer realistischer Gegenseitigkeiten.

Die sich infolge der Corona-Pandemie beschleunigende Deglobalisierung hat schon einiges zurechtgerückt. In einer zuvor hemmungslos entgrenzten Staatenwelt mussten immer mehr innere Grenzen gezogen werden. Unterbrochene Lieferketten lehren uns mehr Vorsicht. An einem selektiven Protektionismus – vornehmlich im Rahmen des europäischen Binnenmarktes – führt zumindest bei lebenswichtigen Produkten kein Weg mehr vorbei.

Der deutsche Globalismus hat sich in so tiefe Widersprüche verstrickt, dass uns nur noch gute Freunde daraus befreien können. Etwa die EU-Kommission, welche die Kernenergie neuerdings als »grüne Technologie« einstuft. Auch die spezifisch deutsche »Willkommenskultur« wird von den europäischen Nachbarländern nicht geteilt. Die Ampelregierung will illegale Zuwanderung nicht bekämpfen, sondern legalisieren, die anderen europäischen Staaten fühlen sich hingegen auch ihren Nahinteressen verpflichtet.

Auch hinsichtlich Migration und Integration läge der mittlere Weg zwischen Nationalismus und Globalismus in kontrollfähigen europäischen Grenzen und in einem gemeinsamen Asylgesetz. Der europäische Binnenmarkt sollte dort Schutzräume bieten, wo sie zum Aufbau fairer Gegenseitigkeiten mit China notwendig sind. Die europäische Solarenergie wäre damit vielleicht zu retten gewesen.

Die Europäische Union darf ihrerseits nicht mehr den Agenten der Globalisierung geben und die Aufhebung von nationalen Schutzsystemen fordern. »Ein Europa, das uns schützt«, müsste mehr Dezentralität nach innen gestatten und umgekehrt mehr Einheit und Stärke nach außen zeigen. Die Europäer müssen den Deutschen die Neigung zu romantischen Überhöhungen der Realität ausreden und sie – wie einen Betrunkenen – auf sicherere Wege zu lenken versuchen.

Die Europäer können es sich nicht mehr lange leisten, die Gesetze der Evolution zu ignorieren. Der »Weltbürger« ist ein Widerspruch in sich. Bürger kommt von Burg. Der heute allerdings geforderte globale Bürger wäre zugleich Patriot, Europäer und Atlantiker. Er würde sich statt nur dem Weiten auch wieder dem Nahen – seiner Umwelt – widmen.

Und auf die Straßenschläue der »kleinen Leute«, die sich im Gegensatz zu den meisten Angehörigen des politisch-medialen Komplexes schon in ihrem Alltag zu behaupten haben, können Demokratien nicht länger verzichten. Mehr als all die prekären Akademiker, die uns heute in Deutschland regieren, wären verantwortungsbewusste Bürger in der Lage, die längst ideologisierte Weltoffenheit um eine notwendige Realitätsoffenheit zu ergänzen.